

Pressemitteilung

Nr. 61/19 vom 25.09.2019

Anzahl der Anschläge: 2.800
Abrufbar unter: www.gdw.de

Wohngeld ist wesentlicher Schlüssel für bezahlbares Wohnen

- **geplante Erhöhung und regelmäßige Anpassung von zentraler Bedeutung**
- **GdW weist bei Anhörung im Deutschen Bundestag auf die Notwendigkeit einer Aufklärungskampagne hin**

10 **Berlin** – "Bezahlbares Wohnen kann nur dann wirtschaftlich gesichert werden, wenn der Staat seine Verantwortung gerade für einkommensschwache Haushalte stärker wahrnimmt. Das Wohngeld ist dafür ein zentraler Schlüssel. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass das Wohngeld künftig dynamisch ist und alle zwei Jahre angepasst werden soll", erklärte Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW bei der Anhörung zur Stärkung des Wohngeldgesetzes im Deutschen Bundestag, bei der der GdW die Interessen der Wohnungswirtschaft vertritt. Der durchschnittliche staatliche Mietzuschuss für einen Zwei-Personen-Haushalt soll zum 1. Januar 2020 von 145 Euro auf 190 Euro im Monat steigen.

Mit der Erhöhung und regelmäßigen Anpassung des Wohngeldes werde der Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung getragen, denn die Wohnkosten und die Verbraucherpreise sind seit der letzten Anpassung zum 1. Januar 2016 deutlich gestiegen, so die GdW-Hauptgeschäftsführerin. "Dabei braucht es verschiedene Instrumente, um bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen zu sichern – die zwei wichtigsten sind sozialer Wohnungsbau und ein wirksames Wohngeld", so Esser.

20 Gleichzeitig appellierte die Hauptgeschäftsführerin an Städte, Gemeinden sowie die Agentur für Arbeit und die Rentenversicherung, die Menschen noch viel stärker über die Unterstützungsmöglichkeit durch das Wohngeld aufzuklären. "Die unterschiedlichen Systeme von Wohngeld und Kosten der Unterkunft führen häufig bei den Menschen zu einer Unklarheit darüber, ob und welche Leistung in Anspruch genommen werden kann. Hier muss nachgearbeitet werden", so Esser.

30 Der Gesetzentwurf ist aus Sicht der Wohnungswirtschaft dennoch erst ein Anfang auf dem Weg, mehr Menschen finanziell zu unterstützen. "Beim Wohngeld fehlt nach wie vor eine Klimakomponente", so Esser. "Es ist nicht nachvollziehbar, warum beim Wohngeld die Heizkosten strukturell anders berücksichtigt werden als bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Angesichts der enormen Herausforderungen rund um das bezahlbare Wohnen sollten die Mittel für das Wohngeld außerdem insgesamt auf 2 Mrd. Euro erhöht werden", erklärte Esser abschließend.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.